

LEITARTIKEL

Ein alter Hase

Es hat sie eigentlich immer gegeben, sie gehören einfach dazu. Ursprünglich in Großbritannien entstanden, sind die Ostermärsche gegen die atomare Bedrohung und den Rüstungswahnsinn seit 1960 eine feste Einrichtung in der Bundesrepublik und später im vereinten Deutschland.

Sie sind nicht mehr mit Gali-

wann immer dieser Traum in Erfüllung geht.

Ist Frieden eingekehrt – nur die Ostermarschierer haben nichts gemerkt? Gewiss nicht. Die Ostermarsch-Bewegung ist ein alter Hase, der weiß, wie die Sache läuft. Die Menschen gehen nicht aus Nostalgie auf die Straßen. Wenn man bedenkt, dass die Bundesrepublik, deren Spitzenpolitiker sich als Obama-Freunde verhalten, zu einem der größten Waffenexporteure der Welt geworden ist, machen die Ostermärsche durchaus Sinn.

Im Übrigen gibt es eine gewisse Lust an den Bilanzen, die besagen, dass die Zahl der Ostermarschierer in den vergangenen Jahren kontinuierlich gesunken ist. Na, und? Die ehemals großen Volksparteien sind auch nicht mehr das, was sie einmal waren. Die Zeiten ändern sich. Aber es gibt neue Formen des Engagements, es ist kurzfristiger und projektbezogener: so wie zum Beispiel gegen das „Bombodrom“ in der Wittstocker Heide, das die Menschen nicht wollen.

Deutsche Soldaten und die Soldaten anderer Nationen sterben in Afghanistan; sie befinden sich dort in einem Krieg, der Friedensmission genannt wird. Es ist gut und richtig, dass die Ostermarschierer sich nicht mit Betroffenheit zufrieden geben wollen.

Reinhard Brennecke zu den Ostermärschen



onsfiguren verknüpft – in ihrer „Heimat“ war dies für viele Jahre der Mathematiker und Philosoph Bertrand Russell, dessen weises und zugleich kämpferisch anmutendes Gesicht stets zu signalisieren schien: Wir sind auf der richtigen Seite!

Das sind sie noch immer, denn die Gefahr ist keineswegs beseitigt, mag sie auch mit dem Ende des Kalten Krieges ein bestimmendes Moment verloren haben. Hinzu kommt, dass der amerikanische Präsident Barack Obama vor wenigen Tagen in seinem Prager Traum von einer Welt ohne Atomwaffen gesprochen hat –

KOMMENTAR

Vertrauen schmilzt dahin

Entbürokratisierung – das klingt super: Die EU will unnötige Vorschriften abschaffen und den Bürgern mehr Freiheiten lassen. Doch so gut die Absicht auch sein mag, manchmal geht sie nach hinten los. Im Fall der Verpackungs-

haben Verbraucherschützer Tricksereien bei Windelpackungen, Putzmitteln oder Kosmetika beobachtet, für die es schon vorher keine Vorgaben mehr gab.

Die Masche funktioniert nach einem einfachen Prinzip: Weniger drin, gleicher Preis. Die neue Verordnung wird es den Händlern leichter machen, auch bei anderen Lebensmitteln zu mogeln.

Natürlich kann man solchen Schummeleien auf die Schliche kommen – etwa, indem man den Grundpreis vergleicht. Doch da muss man schon fast Experte sein: Die meisten wissen zwar, was ein Paket Zucker kostet. Aber wer weiß schon, was hundert Gramm Zucker kosten?

Statt uns das Leben leichter zu machen, dürfte das Einkaufen komplizierter werden. Das Vertrauen in den Handel ist ebenfalls dahin. Und das ist mit Sicherheit das falsche Signal aus Brüssel.

Katrin Teschner, Brüssel, zu Verpackungen



größen hat eine einheitliche Verordnung durchaus Sinn gemacht: Verbraucher konnten sich auf feste Größen verlassen und leichter Preise vergleichen.

Nun hat die EU mit ihrer neuen Richtlinie quasi eine Lizenz zum Schummeln erteilt. Schon jetzt

Ihre Reaktion bitte an die E-Mail-Adresse: meinung@bzv.de

ZITAT DES TAGES



„Guido Westerwelle ist ein intelligenter, beweglicher Politiker, mit dem man regieren kann“

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz, SPD, über den FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle und die Chancen einer Zusammenarbeit nach der Bundestagswahl

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

SALZGITTER ZEITUNG

WOLFSBURGER NACHRICHTEN

Geschäftsführung:

Dr. Markus Beermann (Sprecher), Andreas Günther

Chefredakteur:

Paul-Josef Raue

Stellvertretender Chefredakteur:

Stefan Hans Kläsener

Chef vom Dienst: Heinz-Peter Lohse

Verantwortliche Redakteure:

Politik/Niedersachsen und die Region: Hans-Dieter Schlawis

Wirtschaft: Markus Schlesag Kultur: Martin Jasper

Lokales Braunschweig: Ralph-Herbert Meyer Sport: Paul-Josef Raue

Leser-Redaktion: Klaus Herrmann Büro Berlin: Christian Kerl Büro Hannover: Dr. Michael Ahlers

Anzeigenleitung: Raphael Feldmann Vertriebsleitung: Jürgen Nitsche

Verlag: Braunschweiger Zeitungsverlag GmbH & Co. KG,

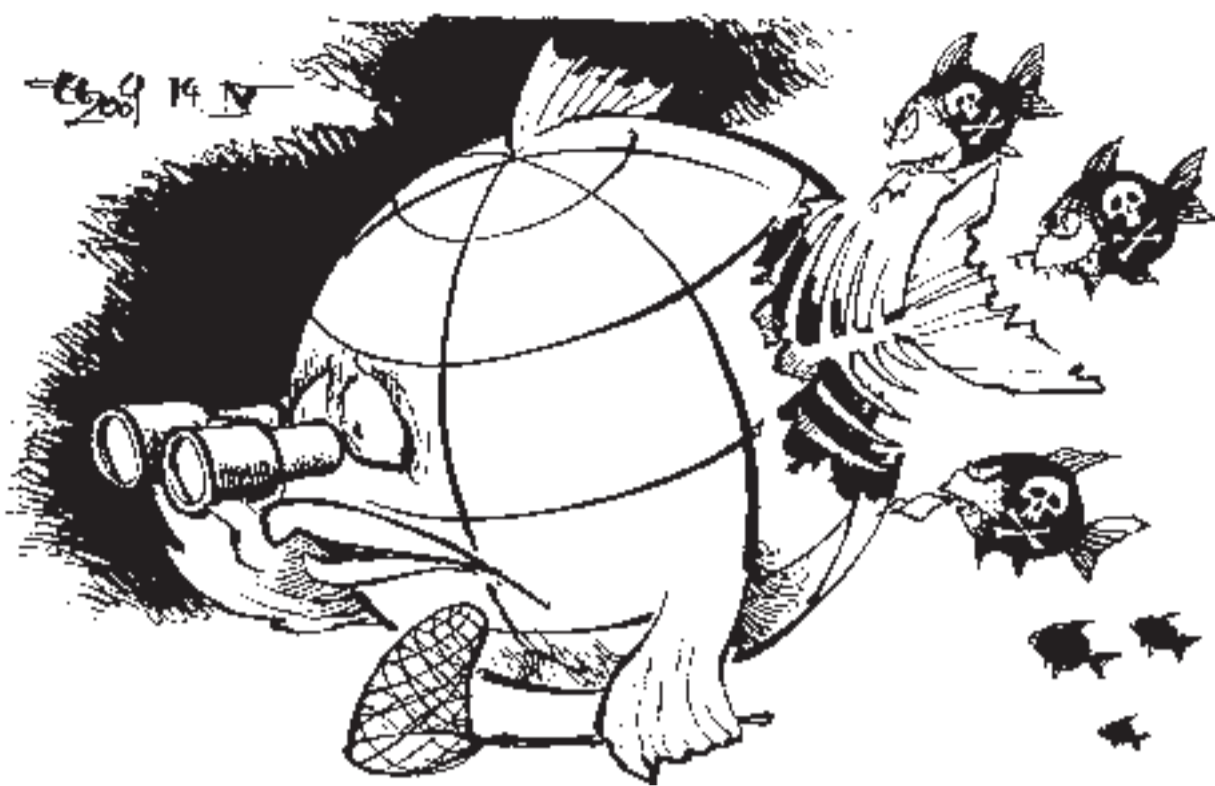
38130 Braunschweig, Postfach 80 52, Telefon: (0531) 3900-0

Druck: Druckzentrum Braunschweig GmbH & Co. KG, 38106 Braunschweig, Mittelweg 6

Amtliches Organ der Niedersächsischen Börse zu Hannover.

Braunschweiger Zeitung, Salzgitter-Zeitung und Wolfsburger Nachrichten online:

<http://www.newsclick.de>



Auf der Jagd nach Piraten

Karikatur: Haitzinger

GASTKOMMENTAR

Nato ist Garant für Sicherheit

Am 4. April feierte die Nato ihren 60. Geburtstag. Das ist ein historisches Ereignis, gleichzeitig aber auch ein zukunftsweisendes Jubiläum. Die Nato steht für 60 Jahre erfolgreiches Wirken für Frieden und Sicherheit in der Welt. Damit dies auch künftig so sein wird, wurden auf dem Jubiläumsgipfel in Straßburg, Kehl und Baden-Baden wichtige Entscheidungen getroffen:

Frankreich kehrte nach 43 Jahren in die integrierte Militärstruktur zurück. Albanien und Kroatien wurden als neue Mitglieder aufgenommen. Die Staats- und Regierungschefs beschlossen den Aufbau einer Ausbildungsmission für Armee und Polizei in Afghanistan und erteilten das Mandat zur Erarbeitung eines neuen Strategischen Konzepts.

Mit diesem Strategischen Konzept muss das Bündnis in der Lage sein, sich den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu stellen. Dazu gehören Gefahren wie Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, gescheiterte Staaten, Energieknappheit oder Klimawandel, die nicht an den Grenzen von Staaten haltmachen.

Im neuen Strategischen Konzept muss die Beistandsverpflichtung aus Artikel 5 des Nato-Vertrages Kernstück der Allianz bleiben. Der vernetzte Sicherheitsansatz, der zivile Maßnahmen zum Wiederaufbau mit militärischen Mitteln kombiniert, sollte Handlungsmaxime für alle Mitgliedstaaten werden.

Die Tür zur Nato muss weiterhin offen bleiben. Klar muss aber auch sein, dass nur die Mitgliedstaaten entscheiden, wer neues Mitglied werden darf. Ferner ist die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik als eine neue Form der Ko-

operation mit der Nato weiterzuentwickeln. Eine enge Kooperation zwischen Europäischer Union und Nato sollte auch in der Energiepolitik stattfinden, um unabhängig zu werden. Gleichzeitig ist eine künftige abgestimmte Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen wie der UN wichtig.

Die Nato sollte zudem eine verstärkte Form der Zusammenarbeit mit Staaten suchen, die unsere Werte teilen, ohne sich dabei zu einer Weltpolizei zu entwickeln. Schließlich muss die Nato enger mit Russland kooperieren, um die neuen Herausforderungen bewältigen zu können. Dabei müssen dem Land aber auch die roten Linien aufgezeigt werden, die es nicht ohne Konsequenzen überschreiten darf.

Die Nato ist heute das einzige funktionierende Sicherheitsbündnis weltweit. Sie war notwendig, als sie gegründet wurde, sie ist in den letzten sechs Jahrzehnten immer wichtiger geworden und sie wird auch in Zukunft ihren Aufgaben gewachsen und damit für die Sicherheit und den Frieden in der Welt unentbehrlich sein.

Karl A. Lamers

Karl A. Lamers

PRESSESTIMMEN

Der alte Streit

Der „Mannheimer Morgen“ schreibt zu den Unruhen in Thailand:

„Die T-Shirt-Farbe der Demonstranten hat sich geändert, die Krise in Thailand ist mit viermonatiger Unterbrechung noch dieselbe. Einer der Hauptgründe ist, dass beide Seiten für sich in Anspruch nehmen können, im Recht zu sein. Es ist der alte Streit Arm (Rot-Hemden) gegen Reich (Gelb-Hemden), Neu (Rot) gegen Alt (Gelb), Landbevölkerung (Rot) gegen bürgerliche Elite (Gelb).

Die Gräben dazwischen sind tief, und damals wie jetzt ist nicht ersichtlich, wie es gelingen könnte, sie zumindest teilweise zuzuschütten.“

Ohne Strategie

Die „Wetzlarer Neue Zeitung“ befasst sich mit Somalia und den Piraten: „So sehr der Schlag gegen die somalischen Piraten ein Erfolg ist: Eine Strategie gegen die Seeräuber ist er nicht. Wie viele Aktionen dieser Art soll es künftig geben? Wie viele davon werden gutgehen wie die zu

BERLIN-VORSCHAU

In der deutschen Innenpolitik bleibt die Terminlage in dieser Woche nachösterlich ruhig.

Grundsicherung?

Dienstag:

In Berlin stellt das Bündnis Kindergrundsicherung das Konzept für eine Grundsicherung in Höhe von 500 Euro vor. Im Mittelpunkt steht, wie die Absicherung von Kindern bedarfsgerecht geschehen kann und Kinderarmut verhindern hilft.

Aus für Kinderpornoseiten?

Freitag:

Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) gibt eine Pressekonzferenz zur Unterzeichnung von Verträgen mit fünf der größten deutschen Internet-Anbieter zur Sperrung von Kinderpornoseiten. Die SPD-Kandidatin für die Bundespräsidentenwahl, Gesine Schwan, äußert sich auf einer Pressekonferenz zur Finanzkrise. In Stuttgart beginnt der 4. Europäische Kommunalpolitische Kongress der Grünen.

Welche SPD-Wahlschwerpunkte?

Samstag:

Präsidium, Vorstand und Parteirat der SPD beraten über das Wahlprogramm für die Bundestagswahl. Die Sozialdemokraten werben bereits bei der FDP und den Grünen für eine Ampelkoalition nach der Bundestagswahl.

In Stuttgart redet der Grünen-Bundesvorsitzende Cem Özdemir auf dem Europäischen Kommunalpolitischen Kongress.

In Saarbrücken stellt eine Landesmitgliederversammlung der saarländischen Linken die Landesliste für die Bundestagswahl auf.

Welche Punkte nennt Steinmeier?

Sonntag:

In Berlin stellt SPD-Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier das Wahlprogramm für die Bundestagswahl vor.

In Stuttgart endet der 4. Europäische Kommunalpolitische Kongress der Grünen. Die Bundespartei nimmt Stellung. dpa